

»Agrarbündnis Bayern« nun auch auf Landkreisebene

Bereits im Frühjahr diesen Jahres haben sich Landwirte, Naturschutzverbände, Imker und Sozialverbände auf Bayernebene zu einem übergreifenden »Agrarbündnis Bayern« zusammengeschlossen. Hintergrund ist die Weichenstellung für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ab 2013, die letztendlich auch für die Zukunft unserer oberbayerischen Kulturlandschaft entscheidend sein wird.

Die Kreisgruppen im Landkreis WM-SOG des BDM (Bund Deutscher Milchviehhalter) und des BN (Bund Naturschutz) haben sich auf dem Hof des BDM-Kreisvorsitzenden Bernhard Heger in Peißenberg zu einem informellen Austausch getroffen. Rund 25 Landwirte und Naturschützer diskutieren über ein gemeinsames Vorgehen, um den Strukturwandel hin zu einer industriellen Milchviehwirtschaft in unserer Region zu verhindern.

„Wir sitzen im selben Boot“, so das Resümee der beiden Verbandsvertreter Bernhard Heger und Helmut Hermann. Bei einem »Weiter-so-wie-bisher« werden größere Bereiche unserer Kulturlandschaft brach fallen, naturschutzfachlich wertvollste Streuwiesen verschwinden, ausgeräumte Landschaften ohne Hecken- Einzelbaum- und Rainstrukturen entstehen und der bäuerliche Familienbetrieb würde bald der Vergangenheit angehören. „Eine Katastrophe für Bauern und Naturschützer gleichermaßen“, waren sich die Teilnehmer einig. Einvernehmen herrschte auch darüber, dass betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten oft ökologischen Erfordernissen entgegenstehen.

»Greening« ist die neue Bestrebung der EU, um eine Agrarindustrialisierung zu verhindern. »Public money for public goods«. Frei übersetzt bedeutet das in etwa, dass es staatliche Unterstützung für eine umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft geben soll. Agrarsubventionen sollen in Zu-



CARTOON: Hubert Pfeffer

kunft also an Leistungen für das Gemeinwohl gebunden sein. Die bisherige Flächenprämie nach dem Gießkannenprinzip hat eine zweifelhafte Rechtsgrundlage. Nach den Beschlüssen des Bayerischen Agrarbündnisses müsste die Ausgestaltung der Zahlungen künftig an messbare und für die Verbraucher sichtbare und nachvollziehbare Leistungen geknüpft werden. Dass hier Gentechnik keinen Platz mehr findet, ist für das Bündnis selbstverständlich.

Problematisch ist auch das flächenintensive Biogas. Der Flächenhunger der Anlagen führt zu stetig steigenden und zunehmend unbezahlbaren Pacht- und Grundstückspreisen, so dass die einzelnen Landwirte auf ihren eigenen Flächen intensivieren müssen. Zusätzlicher Dünger- und Pestizideintrag mit entsprechenden negativen Umweltauswirkungen sind die Folge. Kleinere Betriebe bleiben bei diesem Wettbewerb ganz auf der Strecke.

Und auch soziale Aspekte müssen mit einfließen. „Es kann nicht sein, dass quasi rund ein Drittel unserer Kühe in Übersee weiden, weil wir enorme Mengen an Futtermit-

teln von dort importieren“, betont Josef Taffertshofer aus Wildsteig. „Das schafft dort vor Ort Probleme mit der Ernährung der lokalen Bevölkerung und verursacht enorme klimaschädliche Abgase durch überflüssige Transporte. Wir müssen futtermittelautark werden.“ Die Forderungen des Agrarbündnis zielen deshalb auf regionale Wirtschaftskreisläufe und eine Orientierung am Leitbild einer nachhaltigen Land- und Lebensmittelwirtschaft.

Um diese Ziele zu erreichen, setzen die beiden Verbände weiter auf Aufklärung und Information der verantwortlichen Politiker und Bevölkerung. Aber auch verändertes Konsumverhalten ist notwendig. „Mit dem hartnäckigen Griff nach billigsten Lebensmitteln im Supermarkt kann eine Wende nicht eingeleitet werden – dann steht unsere Zukunft in einer nachhaltigen und lebenswerten Landschaft und Heimat tatsächlich auf dem Spiel“, sind sich alle Anwesenden einig und hoffen auf einen Quantensprung im verantwortungsbewussten Handeln aller.

Verfasser: Helmut Hermann, BN
Bernhard Heger, BDM



**Bund Naturschutz
Kreisgruppe WM-SOG**
Hofstraße 6, 82362 Weilheim
Tel.: 0881/2995
Fax: 0881/927 83 45

email:
bn.weilheim@t-online.de
www.weilheim-schongau.bund-naturschutz.de

**BUND ÖKO-TIPP:
KÖNNEN
PLASTIKTÜTEN
»BIO« SEIN?**

Auf Verpackungsfolien, Biomüllsäcken und Plastiktragetaschen wird immer häufiger das Wort »kompostierbar« aufgedruckt. Wie aber steht es tatsächlich um die vermeintliche Kompostierbarkeit? Plastikmaterialien werden meist aus Erdöl oder zunehmend auch aus nachwachsenden Rohstoffen wie Stärke, Milchsäure und Zellulose hergestellt. Da es jedoch keine adäquate Sortiertechnik gibt, sind laut BUND Biokunststoffe von anderen Plastikprodukten nicht zu unterscheiden.

Da die Herstellung von Bioplastik sehr energieintensiv und mit hohen Treibhausgasemissionen verbunden ist, lässt sich im Vergleich zu konventionellen Kunststoffen auch keine bessere Ökobilanz nachweisen. Der Anbau von Pflanzen für Bioplastik steht außerdem in Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln. Hinzu kommen Düngemittel, die die Gewässer belasten.

Der BUND empfiehlt, generell auf Plastiktüten zu verzichten, egal ob aus Bioplastik oder aus herkömmlichen Kunststoffen. Die Kennzeichnung als »bio« oder »kompostierbar« erzeugt allenfalls ein gutes Gewissen beim Verbraucher. Langlebige Behälter wie Stoffbeutel, Netze oder auch Glasbehälter zum Einkauf von Lebensmitteln weisen erheblich bessere Umweltbilanzen auf.

Weitere Infos zum Agrarbündnis unter:

<http://www.bund-naturschutz.de/fileadmin/download/landwirtschaft/Agrarb%FCndnis-Bayern-Flyer-pdf.pdf>